



BürgerInnenbrief

16. September 2013

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Für die LINKE & fürs Netz stimmen! +++ Keine Profite mit der Miete! +++ Politische Windstille? +++ Bus-»Optimierung«

Jetzt kommt's – wieder mal – drauf an!

Heike Sudmann und Tim Golke



Osterbrookplatz, 18.8. (Foto: M. Fisch)

Gleich zwei richtungsentscheidende Abstimmungen stehen uns am kommenden Sonntag, den 22. September, bevor. Zum einen die Abstimmung über die Rekommunalisierung der Netze, ein Thema, bei dem zurzeit insbesondere die SPD und die Wirtschaft einen Sturm der Verunsicherung und Verfälschung der Argumente betreiben.

Wir bleiben dabei: Strom, Wasser, Krankenhäuser, Nahverkehr, Stadtreinigung, Post, Bildung – all das sind gesellschaftliche Grundgüter, Teil der Daseinsvorsorge, die dem privatwirtschaftlichen Profitprinzip entzogen bleiben bzw. wieder in öffentliche Hände zurückkehren müssen.

Ein entscheidendes Zeichen können wir dafür am 22. September setzen. Weitere Hinweise und Argumente der Initiative »Unser Hamburg, unser Netz« finden sich unter <http://unser-netz-hamburg.de>.

Zum zweiten wird die Bundestagswahl die Frage klären, ob die Regierung zukünftig weiter von der CDU oder, nach achtjähriger Unterbrechung, von der SPD geführt wird. Bei den gegenwärtigen Prognosen ist nicht auszuschließen, dass sich diese beiden so genannten Volksparteien in das gemeinsame, warme Bett der Großen Koalition legen, allen Bekundungen der führenden Vertreter zum Trotz.

Um so wichtiger ist es uns, Flagge zu zeigen und ein Wahlbekenntnis zur sozialen und ökologischen Wende in diesem Land abzulegen. Das kann unseres Erachtens nur mit einer Stimmabgabe für DIE LINKE geschehen, eine Partei, die – bei aller vorhandenen Skepsis und einer nervenden, vorerst überwundenen Phase innerer Konflikte – für ein klares soziales und friedensorientiertes Programm steht: Gegen Hartz IV und für einen Mindestlohn von 10 Euro! Gegen die Rente mit 67 und für eine solidarische Mindestrente im Alter! Gegen den Mietenwahnsinn und für sozialen Wohnungsbau! Gegen internationale Kriegsbeteiligung und Waffenexporte, für soziale Gerechtigkeit weltweit! Wer es genauer wissen will, mag sich das Bundestagswahlprogramm der LINKEN unter www.100-Prozent-sozial.de anschauen, sollte aber auch etwas Zeit mitbringen, umfasst es doch schlappe 86 Seiten...

Für uns in Hamburg sind beide Voten ein wichtiger Indikator, wie es der privatisierungskritischen Öffentlichkeit und insbesondere auch der LINKEN gelungen ist, dem von oben zelebrierten Kurs entgegenzuwirken. 67% für die Rekommunalisierung der Netze in Hamburg und 12% für DIE LINKE auf Bundesebene, das wäre unser Traum. Aber keine Sorge, wir sind ja keine TraumtänzerInnen.

Am **22. September** wird doppelt gefeiert, so oder so:

Wahlparty der Hamburger LINKEN

Ab 17 Uhr im Clubhaus im Schanzenpark, direkt beim Wasserturm

Wahlparty der Initiative Unser Hamburg, unser Netz

Ab 19 Uhr in der Hamburger Botschaft, Sternstraße 67

Kämpfen für ein besseres Leben



Spitzenkandidat auf der Landesliste der Hamburger LINKEN für die Bundestagswahl ist Jan van Aken. Er gehörte dem Parlament bereits in der letzten Legislaturperiode an und ist seit 2012 außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Kein Wunder, denn er war nicht nur engagiert in den Kämpfen um Gorbuchen und die Hafensstraße, sondern setzt schon seit langem Akzente in der internationalen Kriegs- und Militärpolitik. Geboren 1961 in Reinbek absolvierte er ein Biologie-Studium und wurde 1997 als Experte für Gentechnik bei Greenpeace tätig. 2004 bis 2006 verpflichtete ihn die UNO als Biowaffeninspekteur. Kaum zurück, trat er der LINKEN bei und rückte 2009 als Hamburger Spitzenkandidat in den Bundestag ein.

Im außenpolitischen Ausschuss, aber insbesondere auch in der Öffentlichkeit und in den verschiedenen Bewegungen macht er seitdem vor allem als der unangefochtene Fachmann für Waffenexporte von sich reden. Mancher Skandal, manch geheimes Geschäft und die dubiosen Verbindungen von Staat und Rüstungskapital sind sein Metier. Mehr davon erfährt mensch auf seiner Homepage www.jan-van-aken.de. Wir nehmen hier zwei Dokumente auf, die Jans Positionen und Engagement veranschaulichen, seine schon einige Monate zurückliegende Bewerbung für den Hamburger Listenplatz 1 und ein aktuelles Statement zu seinen mietenpolitischen Vorstellungen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Jetzt bin ich seit 2009 für die LINKE im Bundestag. Dort habe ich mich vor allem gegen Auslandseinsätze, Rüstungsexporte und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik engagiert. Das möchte ich auch in den nächsten vier Jahren tun, deshalb bewerbe ich mich noch einmal für den Platz 1 der Hamburger Landesliste, um die Friedenspolitik als eines der zentralen Fundamente der LINKEN außerparlamentarisch, innerparteilich und im Bundestag zu stärken. Die Militarisierung der deutschen und europäischen Außenpolitik entwickelt sich ungebrochen fort. Es bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der LINKEN, das klare Nein zu Auslandseinsätzen und das Gewaltverbot der UN-Charta immer wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen – das gilt auch innerparteilich.

Unsere Antwort, die LINKE Antwort auf die Krise heißt: Umverteilen! Wir wollen uns das Geld bei den Reichen und Superreichen holen, um Armut zu bekämpfen, um Lohndumping zu beenden, um in Bildung zu investieren, um eine optimale Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. Wir stehen dafür, mit Biss nach oben zu kämpfen, um uns das Geld bei denen zu holen, die seit Jahren immer reicher werden, während die Reallöhne sinken, der Arbeitsstress steigt und Millionen in Armut leben müssen, um dann noch mit Sanktionen überzogen zu werden. Wir kämpfen für ein besseres Leben, für eine Gesellschaft jenseits von Armut, Klassen und Ausbeutung – dafür stehe ich auch ganz persönlich, deshalb bin ich in der LINKEN!

Wohnen ist Menschenrecht

Jan van Aken



Demo gegen Mietenwahnsinn in Hamburg, 2012 (Foto: M. Joho)

Hamburg ist Spitze – leider auch bei den Mieten. Nirgendwo anders sind die Mieten in der jüngsten Vergangenheit so schnell gestiegen wie an der Elbe: Ende 2012 fielen die Neuvertragsmieten um 21% höher aus als noch vor fünf Jahren. Heute haben 400.000 Haushalte in der Hansestadt Anspruch auf eine Sozialwohnung. Deren Zahl hat sich aber von 155.000 im Jahre 2000 auf aktuell 97.000 verringert.

Das Wohnen wird heute nahezu komplett dem so genannten freien Markt überlassen. Für Gutverdienende oder Vermögende ist das Wort Wohnungsnot wahrscheinlich ein Fremdwort: Viele Menschen in Hamburg können sich dagegen die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und Heizung nicht mehr leisten. Hartz-IV-Betroffene

werden faktisch zum Umzug gezwungen, wenn sie nicht einen noch größeren Anteil ihrer sowieso schon kargen Transferleistung für die Miete aufwenden können oder wollen.

Es gab mal eine Faustregel, wonach Haushalte nicht mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben sollten. In Hamburg sind viele mittlerweile locker bei 40, GeringverdienerInnen z.T. sogar bei 50% angekommen! Laut Bundesregierung müssen armutsgefährdete Haushalte in Deutschland mittlerweile 44% ihres Einkommens für Mieten ausgeben. Es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen nach Abzug der Miete und der Nebenkosten kaum noch genug Geld haben, um über die Runden zu kommen. Fakt ist: Es gibt nicht zu wenig Wohnraum, sondern es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum.

Wir haben mittlerweile eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in Hamburg, der soziale Wohnungsneubau gleicht nur einen Bruchteil der aus der Sozialbindung herausfallenden Wohnungen aus. Faktisch ist er zum Erliegen gekommen. Im Jahr 2011 waren nur noch 11,0% aller Wohnungen in Hamburg Sozialwohnungen, fünfzehn Jahre zuvor waren es mit 21,1% noch fast doppelt so viele. Das sind die brutalen Konsequenzen, wenn die Politik dem Markt weicht. Wir als LINKE sagen: Wohnen ist ein Grundrecht, Wohnen ist ein Menschenrecht!

Wir fordern:

- Wir wollen die Mieten deckeln. Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sind unzulässig.
- Der Mietenspiegel muss flächendeckend eingeführt werden und sich an allen Bestandsmieten orientieren, nicht nur an den »Veränderungen« (faktisch also Erhöhungen) in den letzten vier Jahren. Die Kommunen erhalten das Recht, auf der Grundlage dieser Mietspiegel Höchstmieten festzulegen, um den Preisanstieg zu stoppen. Der Mietenspiegel muss endlich zu einem Schutzinstrument statt zu einem Preistreiber werden.
- Hartz IV-Betroffene dürfen nicht aus ihren Wohnungen vertrieben werden.
- Wohngeld für Menschen mit geringem Einkommen muss um einen Heizkostenzuschuss ergänzt werden.
- Wir wollen die Bürgerbeteiligung im Planungs- und Baurecht ausbauen. Wir benötigen dringend demokratische Mitwirkung von Mieterinnen und Mietern.
- Der soziale Wohnungsbau muss wiederbelebt und neu ausgerichtet werden. Er soll öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern, nicht zuletzt auch die ökologisch-energetische Sanierung bestehender Wohnungen.
- Zwangsräumungen gerade aus öffentlichem Wohnungsbestand in die Obdachlosigkeit sind sofort einzustellen. Das Recht auf Eigenbedarfskündigungen muss eingeschränkt, der Kündigungsschutz für betroffene Mieterinnen und Mieter ausgebaut werden.
- Wir wollen die Spekulation mit Wohnungen bekämpfen. Niemand darf sich auf Kosten von MieterInnen dumm und dämlich verdienen. Leerstand zu Wohnraum!

Nach der Wahl ist vor der Demo



Demo gegen Mietenwahnsinn in Hamburg, 2012 (Foto: M. Joho)

»Keine Profite mit der Miete! Die Stadt gehört allen!« Unter diesem Motto findet auch in diesem Herbst wieder eine große Demonstration gegen den Mietenwahnsinn und die völlig unzureichende Wohnungspolitik statt. In diesem Jahr wird der Aktionstag am 28. September bundesweit umgesetzt. Demonstrationen soll es geben in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg, Hanau, Köln, Maintal und eben in Hamburg. Hier haben mittlerweile rund 50 Organisationen und Initiativen zur Beteiligung an den Aktivitäten aufgerufen, auch DIE LINKE und

die LINKSFRAKTION in der Bürgerschaft gehören zu den UnterzeichnerInnen und wollen mobilisieren.

Aktuelle Informationen gibt es unter <http://www.keineprofitemitdermiete.org> bzw. <http://www.mietenwahnsinn.de>. Nachfolgend haben wir den Hamburger Vorspann (»Hamburg calling!«) sowie den bundesweiten Demo-Aufruf (»Bundesweiter Aktionstag«) aufgenommen. Weitere Zustimmungen zum Aufruf können an das Mietenwahnsinns-Bündnis gerichtet werden: mietenwahnsinn@rechtaufstadt.net.

Keine Profite mit der Miete! Die Stadt gehört allen!

Demonstration, Samstag, 28. September, 14 Uhr Millerntorplatz

Hamburg calling!

In Hamburg kann der SPD-Senat die Mietenproteste der letzten Jahre nicht länger aussitzen. Seine Antwort lautet: bauen, bauen, bauen. Doch Neubauten von so genannten frei finanzierten und vor allem teuren Eigentumswohnungen stoppen den Mietenwahnsinn nicht. Schon jetzt wird viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum neu geschaffen. Stattdessen präsentieren die Immobilienportale wöchentlich neue Rekordmieten.

15 Euro pro Quadratmeter? Längst keine Seltenheit mehr. Bei Neuvermietung liegt die Miete inzwischen teilweise 50 Prozent über dem Mietenspiegel! Immerhin: Die »Kappungsgrenze« kann bundesweit seit dem 1. Mai abgesenkt werden. Mieterhöhungen in bestehenden Mietverträgen dürfen maximal 15 statt 20 Prozent in drei Jahren betragen. Doch der Senat zögerte und führt die Änderung erst zum September ein. Somit blieb Vermietern ausreichend Zeit, die 20-Prozent-Grenze noch einmal auszuschöpfen! Unzufriedenheit über die Wohnungspolitik und Sorgen um die eigene Wohnung sind bei den Hamburger_innen nach wie vor groß. Im Elisabethgehölz in Hamm, in der Breiten Straße in Altona und den Esso-Häusern auf St. Pauli soll bezahlbarer Wohnraum vernichtet werden. In der Freien und Abrissstadt Hamburg entscheiden immer noch Investoren und Politiker über die Köpfe der Bewohner_innen hinweg. Dabei kommt die Stadt beim Sozialen Wohnungsbau nicht mehr hinterher. 2.000 Sozialwohnungen im ersten Förderweg will die SPD jedes Jahr schaffen. Doch nicht einmal das will gelingen. Stattdessen fielen allein in den vergangenen zwei Jahren über 13.000 Wohnungen aus der Preisbindung! 10.856 alleine im Jahre 2013! Der Mietenwahnsinn ist längst nicht mehr nur ein Problem bei Wohnungsmieten. Auch zahlreiche Gewerbetreibende können die explodierenden Mieten nicht mehr zahlen. Bekleidungsketten und Discounter verdrängen die letzten Gemüseläden und Eckkneipen.

Besonders fatal ist allerdings: Immer mehr Menschen finden in Hamburg überhaupt keine Wohnung mehr! Der Senat unternimmt nichts. Er lässt zu, dass im vergangenen Jahr über 1.500 Zwangsräumungen durchgeführt wurden. Von der Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen müssen bei Freunden oder Bekannten unterkommen, wollen sie nicht auf der Straße leben. Und auf St. Pauli bietet die Kirche etwa 80 Flüchtlingen eine Zuflucht. Das ist toll! Aber es ist ein Skandal, dass es so weit kommen musste.

Wir sagen: Refugees welcome! Zwangsräumungen verhindern! Wohnraum für alle!

Wir nehmen uns die Orte, damit alle in Hamburg ein Dach über dem Kopf haben. Der Kampf ums Gängeviertel zeigt: Besetzungen und vielfältiger Protest können einiges bewirken! Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum! Wir brauchen bezahlbaren Gewerberaum – für ein anderes Arbeiten, um nicht nur für die Miete zu buckeln! Deswegen: Her mit der Mietobergrenze!

Uns ist klar, von allein wird die Politik den Mietenwahnsinn in Hamburg nicht beenden. Wir müssen selber Hand anlegen. Deshalb beteiligen wir uns am bundesweiten Aktionstag »Keine Profite mit der Miete! Die Stadt gehört allen!« in Hamburg mit einer großen Demonstration. Es bleibt dabei: Mietenwahnsinn stoppen – Wohnraum vergesellschaften!



Bundesweiter Aktionstag: 28. September 2013

Die Mieten in vielen Städten explodieren, unkommerzielle Projekte wie soziale Zentren, Jugendclubs, besetzte Häuser oder Bauwagenplätze sind bedroht. Menschen, die sich die hohen Mieten nicht leisten können oder wollen, werden aus den Innenstädten verdrängt, die soziale Ungerechtigkeit nimmt weiter zu. Auch in schrumpfenden Regionen verschlechtert sich die Lage der MieterInnen: Investitionen in Wohnungen und sonstige Infrastruktur »lohnen« sich dort nicht mehr und bleiben deshalb aus.

Investitionen in Immobilien galten im Kapitalismus immer schon als lohnenswert. Sie versprechen Krisensicherheit in einem System, das ohne Krisen nicht auskommt. In der aktuellen Immobilien- und Finanzkrise haben deutsche Immobilien nun mehr denn je das Image des sicheren »Betongolds«. Geld lässt sich dort nicht nur sicher »parken«. Wo Mietsteigerungspotenzial ist, lockt auch Profit. Das hat zur Folge, dass für die Mieter_innen die Lebenshaltungskosten stark steigen und sie immer häufiger unfreiwillig ihre Wohnung verlassen müssen. Dass für sie ihr Zuhause, ihr Zufluchtsort und Lebensmittelpunkt auf dem Spiel steht, hat in dieser Rechnung keinen Platz.

Die Politik hat die zunehmende Wohnungsnot lange geignung und stattdessen öffentliche Wohnungsbestände privatisiert. Das Mietrecht wurde noch dieses Jahr verschärft. Die (Innen)städte werden von den Verantwortlichen gezielt »aufgewertet«. Sie sind nicht mehr Orte zum Wohnen, zum Begegnen und zur Kommunikation, sondern »Standorte« in der kapitalistischen Konkurrenz um Investoren, kaufkräftige TouristInnen und Co. Wer nicht zahlen kann, muss weg.

Dabei gäbe es vielfältige rechtliche Möglichkeiten, Mieter_innen zu stärken und das Treiben der Immobilienwirtschaft zumindest einzuschränken: Die Modernisierungen könnten nur einvernehmlich zwischen Vermieter_innen und Mieter_innen erlaubt sein, Kündigungen seitens der Vermieter_innen erschwert werden. Zweckentfremdungen von Wohnraum und die Umwandlung in Eigentumswohnungen könnten stärker begrenzt, Mietsteigerungen – bisher weit über der Inflationsrate möglich –, könnten an die Lohn- und Rentensteigerungen angebunden werden, auch für Neuvermietungen. Nicht gewinnorientierter Wohnungsbau, der den Auftrag der Daseinsvorsorge für die Bürger_innen ernst nimmt, könnte vorrangig gefördert werden. Statt sie an den Meistbietenden zu verkaufen könnten Baugrundstücke der öffentlichen Hand dafür zur Verfügung gestellt werden. Doch nichts davon geschieht. Wenn überhaupt politische Maßnahmen ergriffen werden, wurden sie von sozialen Bewegungen erkämpft. Trotzdem sind sie bisher nicht mehr als Tropfen auf heiße Steine. Kleine Erleichterungen, von denen sich Politiker_innen vermutlich erhoffen, dass sie den Aktivist_innen politisch den Wind aus den Segeln nehmen. Die derzeitige Entwicklung stoppen oder ihre Geschwindigkeit zumindest spürbar drosseln können diese Minimalmaßnahmen jedenfalls nicht.

Mittlerweile regt sich allerdings in vielen Städten entschlossener Widerstand derjenigen, die nicht auf die Sonntagsreden der PolitikerInnen vertrauen, sondern die wegen des Mangels an bezahlbarem Wohnraum schon mit dem Rücken an der Wand stehen und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen. In Hamburg gehen regelmäßig Tausende gegen den Mietsinn auf die Straßen. In Berlin blockieren Anwohner_innen Zwangsräumungen ihrer Nachbar_innen. In Düsseldorf, Frankfurt und München und anderswo organisieren sich diejenigen, die sich die Stadt, die wie ein Unternehmen geführt und wie eine Ware vermarktet wird, nicht leisten können.

Um bundesweit aktiv und gehört zu werden, haben wir uns zum Bündnis »Keine Profite mit der Miete« zusammengetan. Als Auftakt unserer Aktivitäten organisierten wir vom 22. bis zum 29.6.2013 eine bundesweite Aktionswoche, in der in den einzelnen Städten verschiedenste Aktionen stattfanden. Am 28. September rufen wir zu einem bundesweiten Aktionstag auf, zu dem in vielen Städten bundesweit große Aktionen stattfinden.

Wohnraum vergesellschaften!

Wer die Stadt dem Markt überlässt, weiß, dass nur die »Kaufkräftigen« auf ihre Kosten kommen. Das Menschenrecht auf Wohnen kann nur gewährleistet werden, wenn der Ausstieg aus dem profitorientierten Wohnungsmarkt gelingt. Wohnraum muss vergesellschaftet werden, also allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen. Deshalb: Keine Profite mit der Miete!

Leerstand zu Wohnraum!

Häuser werden aus Spekulationsgründen entmietet und stehen danach leer, um später gewinnbringender verwertet zu werden. Obwohl es an Wohnraum und Plätzen für Kultur und soziale Projekte fehlt, stehen so – ganz legal – in einigen Städten großflächig Büro- und Wohnimmobilien leer, Freiflächen veröden ungenutzt. Wer trotzdem einzieht, verhält sich illegal. Dieser absurde Zustand muss ein Ende haben. Spekulative Leerstände müssen verboten und Besetzungen von länger leerstehenden Immobilien und brachliegenden Flächen legalisiert werden.



Zwangsumzüge und -räumungen sofort stoppen!

Zwangswise Räumungen sind der drastischste Ausdruck des Mietenwahnsinns. Insbesondere BezieherInnen von ALG II sind davon betroffen – Mieten übersteigen inzwischen schnell die Regelsätze, Schulden und Zwangsumzüge sind die Folge. Aber auch mit eigenem Einkommen ist man nicht mehr vor einer Räumungsklage geschützt: Wenn es die gesetzliche Möglichkeit gibt, aus einer Wohnung mehr Geld rauszuholen als bisher, wird sie auch genutzt und keine Kündigungsmöglichkeit ausgelassen.

Gemeinsam gegen steigende Mieten und Verdrängung!

Die bisherigen Kämpfe um das Recht auf Stadt waren meist lokal begrenzt. Aber die Logik, die hinter den Verschärfungen der Lebensbedingungen in den Städten steht, ist eine globale – die Kapitalisierung immer weiterer Bereiche des Lebens.

Wir haben uns deshalb zusammengetan, um ein Zeichen zu setzen:

Die Stadt von morgen beginnt heute! Keine Profite mit der Miete! Die Stadt gehört allen! Informiert euch! Organisiert euch! Werdet aktiv!

Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AG/R); anna elbe – Weitblick für Hamburg; Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg; AStA HAW; AStA HCU; Audiolith Records; Avanti – Projekt undogmatische Linke, Hamburg; Bündnis »Mietenwahnsinn stoppen«; Centro Sociale; Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.; Eskimo Punx Sankt Pauli; Fanclubsprecherrat des FC St. Pauli; Fanladen St. Pauli; Flüchtlingsrat Hamburg e.V.; Food-Coop Tante Münze; Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft; Frappant e.V.; Gängeviertel e.V.; Gartendeck; GWA St.Pauli; Hedonistische Internationale Hamburg; IBA?NigsDA!; Infoladen Wilhelmsburg; Initiative Esso Häuser; Jolly Roger/Ballkult e.V.; Kein Ikea in Altona; LAG Schuldnerberatung Hamburg e.V.; Mietergemeinschaft Isebek; MieterInnenengenossenschaft Karolinenviertel; Mietshäuser Syndikat Hamburg; Notgemeinschaft Breite Straße; Plenum des Wagenplatzes Zomia; Projekt Revolutionäre Perspektive; Ragazza e.V.; Regenbogen/Alternative Linke (Uni Hamburg); Rotzige Beatz; SDS Uni Hamburg; SOS St. Pauli; Stadtteilinitiative Münzviertel; Stadtteilversammlung Altona; Verlag Assoziation A; ver.di Jugend; Wasserturm Initiative; Wohnprojekt Bahnhofstraße e.V.; Wohnprojekt Gure Etxea; Zeckensalon.

Es kommt anders als geplant

von Tim Golke



www.tim-golke.de

Vielleicht erinnert sich noch die eine oder der andere, dass ich mit der Übernahme meines Bürgerschaftsmandats die Pläne für mein Referendariat bis zum Ende dieser Legislaturperiode auf Eis legen wollte.

Mittlerweile haben sich für meine Frau und mich andere Perspektiven ergeben. Aus gesundheitlichen Gründen wollen wir im Jahr 2015 die Stadtluft gegen die wesentlich gesündere Meeresluft tauschen. Damit dieser Ortswechsel und vor allem die Stellensuche einfacher werden, muss ich bis dahin mein zweites Staatsexamen absolviert haben. Und das geht nur mit einem abgeschlossenen Referendariat. Deshalb habe ich im August meine zweite Ausbildungsphase angetreten und bin jetzt zum Teilzeitparlamentarier geworden, ganz so wie es die Hamburger Bürgerschaft als Teilzeitparlament eigentlich vorsieht.

Das juristische Referendariat ist in Stationen aufgeteilt. Innerhalb der zwei Jahre gibt es Stationen im Bereich des Strafrechts, des Zivilrechts, des Verwaltungsrechts, in der Anwaltschaft und zwei weitere nach Wahl.

Damit wird sich meine Arbeitsbelastung aus dem Referendariat heraus auch stationsweise ändern. Bis Ende Oktober kann ich sagen, dass ich zumeist meine Sprechstunde am Montag zwischen 15.00 und 16.30 Uhr in der Borgfelder Straße 83 selber wahrnehmen kann, und dass ich natürlich auch immer Zeit für persönliche Verabredungen habe. Ansonsten helfen mir meine Mitarbeiter Meinulf Krön und Michael Joho natürlich auch. Die beiden werden die größte Last mit meinem Referendariat haben, wofür ich mich schon jetzt ausdrücklich bedanken will.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Einen gelungenen **Spot** hat die **Initiative Unser Hamburg, unser Netz!** noch kurz vor der entscheidenden Volksabstimmung am 22. September ins Internet gestellt. In wenigen Minuten wird hier nachgewiesen, warum die Versorgungsnetze wieder in staatliche Obhut gehören, nämlich aus politischen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen. Du guckst hier: <http://t.co/hdOeDCmvET>.



Der Stadtsoziologe Thomas Pohl betreibt seit längerem Forschungen zur Segregation, also der zunehmenden sozialen Entmischung in arme und reiche Stadtteile. Auch wenn der **Vortrag** schon am 30. September 2011 in Dortmund gehalten wurde, sind die Folien zum Thema **Sozialräumliche Differenzierung in Hamburg. Jüngere Entwicklungen und Perspektiven** doch höchst anschaulich. Zu finden unter <http://www.stadtzukunft.de/Praesentationen/31Treffen/Pohl.pdf>.

Bei Youtube findet sich ein prägnanter **Clip** über die Initiative und Bewegung gegen **Mietenwahnsinn und Zwangsraumungen** in Hamburg. Sehenswert unter <http://www.youtube.com/watch?v=ow3g2PIJjk>.



Das Schicksal der rund 300 **Lampedusa-Flüchtlinge** erhitze unverändert die Gemüter in Hamburg, zumal Bürgermeister Scholz am Hardliner-Kurs der Abschiebung festhält. Doch nun steht die Bundestagswahl bevor, da möchte er offenbar die Füße ein wenig unter dem Tisch halten. Seit kurzem finden **jeden Mittwoch um 16.30 Uhr** ab Steindamm/Ecke Adenauerallee Solidaritätsdemonstrationen statt: www.lampedusa-in-hamburg.org.

Mittwoch, den 18. September, ist Noch-Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf Wahlkampftour in Hamburg. Sie wird sich verängstigt in die Fischauktionshalle zurückziehen, aber drum herum ist ja genug Platz, um lautstark die Politik der CDU/CSU/FDP zu bejubeln. Zu einer Kundgebung für den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland ruft der ver.di-ArbeiterInnenausschuss Hamburg auf. Treffpunkt ist um 18.30 Uhr vor der Fischauktionshalle. **Ein Pfeifkonzert für Mutti**, so der ver.di-Slogan, macht deutlich, worauf es ankommt. Trillerpfeifen nicht vergessen!

Eine Perspektive fällt oft aus dem Diskurs über Stadtentwicklung heraus oder ist zumindest unterbelichtet: der Blick der ganz jungen und jüngeren Menschen. Eine Ausstellung im Wilhelmsburger Kommunikationszentrum Honigfabrik (Industriestraße 125-131) versucht ihn einzufangen: **Wie sehen Kinder und Jugendliche in Wilhelmsburg ihren Stadtteil?** Die Ausstellung wird am **Freitag, den 20. September**, 15.30 Uhr, eröffnet. Dazu gibt es an diesem Nachmittag ein bewegtes Freizeitprogramm. Der Eintritt ist frei.

Menschenwürdiges Existenzminimum – update erforderlich, so ist eine Veranstaltung überschrieben, die am **Dienstag, den 15. Oktober**, um 17.30 Uhr im Haus der Kirche Harburg (Hölertwiete 5) stattfindet. Über die völlig unzureichende Bemessung der Regelsätze im SGB II und XII diskutieren Michael Bättig (ALSO Oldenburg), Johanna Böse-Hartje (Bundesvorstand AG bäuerliche Landwirtschaft), Michael David (Diakonie Deutschland) und Arno Peukers (ver.di Hamburg), die Moderation obliegt Burkhard Plemper. Eine Veranstaltung im Rahmen der u.a. von der Diakonie, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und Hinz & Kunzt getragenen Reihe »Hamburg! Gerechte Stadt«.



Urnengang und Hintergründe

von Joachim Bischoff



Wo Wahlkampf Spaß macht: SPD-Veranstaltung in Hamburg, 8.8.2013 (Foto: dpa)

Der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat (um im Fäkal-Jargon zu bleiben) die Arschkarte gezogen und wird sie auch nicht mehr loswerden. Daher die Aufregung von rechts bis ganz nach links über seinen Stinkefinger, den er für das »SZ-Magazin« zeigte – künstliche Aufregung über eine Harmlosigkeit, die man nicht witzig finden muss. In seinem Interview ohne verbale Antworten hatte Steinbrück auf die launige Frage nach seinen vielen Negativ-Titulierungen genauso launig den Stinkefinger gezeigt und fotografieren lassen. War dies die einzig aufregende Aktion des zurückliegenden Wahlkampfes?

Die Medien sind sich weitgehend einig. Der Wahlkampf interessiert die große Mehrheit der Wahlbevölkerung wenig. Exemplarisch die »Süddeutsche Zeitung« in einem Leitartikel am 19. August: »Tatsache ist, dass der Wahlkampf 2013 den Eindruck erweckt, als sei Deutschland in die Rossbreiten verlegt worden: Es ist politische Windstille, es herrscht die große Flaute.« Neben dem Stinkefinger sorgte allenfalls noch der Vorschlag für Furore, in öffentlichen Kantinen einen »Veggie Day« einzurichten.

Eine Schlussfolgerung: Die politische Windstille hat nichts mit aufsteigender und absinkender, feuchter oder trockener Luft zu tun, sondern mit dem drucklosen Zustand von CDU/CSU und SPD. Die politische Klasse macht hingegen mehrheitlich die Lethargie der Bevölkerung für diesen faden Wahlkampf verantwortlich. Die Begründung für die WählerInnen-schelte: Kein EU-Land sei so gut durch die Wirtschaftskrise gekommen wie Deutschland. Auch die Aussichten seien gut. Es habe sich eine gewisse Zufriedenheit breit gemacht. We-

gen dieser relativ hohen Grundzufriedenheit wecke die anstehende Ermittlung des politischen Kräfteverhältnisses wenig Interesse.

Zumindest die Demoskopie kommt zu einer anderen Deutung: Nichts ist unzutreffender als die These von einer Grundzufriedenheit oder gar der politischen Apathie der Mehrheit der Bevölkerung. Das Ergebnis einer aktuellen Umfrage (Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach: »Wirkungslose Aufregung«, in: FAZ, 21.8.2013): »Die große Mehrheit beunruhigt die Entwicklung der Energiepreise, die Entwicklung von Steuern und Abgaben und die Verpflichtungen, die für Deutschland aus den Problemen in der Eurozone entstehen. Auch Inflationsängste und die Sorge, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland wachsen könnten, haben einen ungleich höheren Stellenwert als die Aktivitäten der NSA. 64% machen sich zurzeit große Sorgen, dass die Energiepreise in Zukunft merklich steigen, 59%, dass die Kosten für die Stabilisierung der Eurozone Deutschland finanziell überfordern könnten. 58% fürchten steigende Steuern und Abgaben, 57% ein Ansteigen der Inflation. Die Parteien setzen sich zurzeit bemerkenswert wenig mit den Sorgen und Themen auseinander, welche die Bürger wirklich bewegen.«

Ein anderes Institut kommt zu einer tiefer schürfenden, empirisch fundierten These, die überraschend und alles andere als beruhigend ist: Denn draußen im Land ist längst nicht alles »heile Welt«, ruht der See nicht still. Unter der Decke brodeln es, das »Paradies Deutschland« scheint nach Ansicht vieler BürgerInnen bedroht, das Schreckgespenst Krise führt zu erstaunlichen und besorgniserregenden Ressentiments.

»Viele Wähler sind zwar stolz oder dankbar, dass Deutschland bislang der Krise trotzen konnte. Dennoch herrscht ein latentes Unbehagen im Land. Deutschland wird als ein bedrohtes Paradies erlebt, in dem Werte wie Gerechtigkeit langsam erodieren. Die Zukunft ist für die Wähler derzeit nicht mit verheißungsvollen Vorstellungen verbunden, sondern sie erscheint hauptsächlich als finstere Drohkulisse und Krisenszenario. Das Schreckgespenst der Krise lauert immer noch vor den Grenzen Deutschlands. Es soll daher weiterhin so lange wie möglich gebannt und in Schach gehalten werden. Der Glaube an eine bessere Zukunft, für die die Parteien streiten können, ist der diffusen Sehnsucht nach einer permanenten Gegenwart gewichen. Die Stimmung im Lande lässt sich als Plätscher-Party beschreiben: Die Versorgung soll gewährleistet sein, die kleinen Freuden des Alltags sollen genossen werden. Auf die große Sause wird jedoch verzichtet: Man schaltet im Alltag auf Autopilot: alles soll seinen gewohnten Gang gehen... Der Wunsch, das bedrohte Paradies Deutschland aufrechtzuerhalten, eint derzeit die politischen Lager. Parteiübergreifend geben 81% der Wähler an, dass soziale Gerechtigkeit das primäre Ziel der Bundesregierung sein sollte. Und 78% der Wähler stimmen der Aussage zu, dass Deutschland in Europa stärker seine eigenen Interessen wahren sollte. Und umgekehrt stimmen nur 37% der Wähler der Aussage zu, dass sich Deutschland in Zukunft stärker in die europäische Gemeinschaft integrieren sollte. Es gibt allerdings große Unterschiede in den Vorstellungen der Wähler, wie der paradisiische Zustand langfristig erhalten werden kann und welches Bild Deutschland in Zukunft abgeben soll.«¹

Die radikale Umwälzung von Produktion und Dienstleistungen durch die Digitalisierung, das Aufblühen von privaten Internetfirmen und staatlichen Überwachungsdiensten, das Wachstum der außereuropäischen Gesellschaften, das alles inspiriert nicht zu großen Veränderungen, es schüchtert ein. Kritik ist völlig aus der Mode. Der Staat wird nach einer drei Jahrzehnte umfassenden neokonservativ-neoliberalen Epoche als nicht mehr nur enteignete und entfremdete, sondern vielfach auch als feindliche Institution wahrgenommen: als der Staat »der anderen«. Was politisch gestaltet werden muss – Beispiel: gesetzlicher Mindestlohn –, muss ihm abgetrotzt werden. Der Staat gilt ganz und gar nicht als neutrale Instanz, die ausgleichend über den sozialen Interessen steht, sondern wird durch die Brille eines wieder geschärften dichotomischen Gesellschaftsbildes gesehen.

Krisenwahrnehmung folgt nicht einfach dem konjunkturellen Auf und Ab, stellte 2008/2009 aber auch keine biografische Zäsur dar, wie man anhand von Vergleichen mit der »Great Depression« der 1930er Jahre hätte vermuten können. Vielmehr steht die Erfahrung eines zur Permanenz gewordenen Krisenverlaufs im Vordergrund. Dabei wird auch ein wirtschaftlicher Aufschwung von als krisenhaft erfahrenen unternehmens- und arbeitspolitischen Restrukturierungsprozessen überformt.

In eigenen empirischen Untersuchungen² waren wir zu der These gekommen: Eine relevante Gruppierung der Bevölkerung denkt: »Wir können uns wehren, wir tun es nicht«. Wie



Seitener Protest: Demo »Umfairteilen – Reichtum besteuern«, am 14.9.2013 in Bochum (Foto: dpa)

der scheinen die Handlungsoptionen verriegelt, diesmal aber nicht nur aufgrund eines mangelnden Adressaten von Protest, sondern auch aufgrund mangelnder Mobilisierungsbereitschaft und Inaktivität der Belegschaften. Hier wird ein Unterschied zu unserer vorhergehenden Befragung (aus dem Jahr 2010) deutlich: Die Wut auf die heftig kritisierten Verhältnisse ist nicht kleiner geworden und auch die Protestfantasien sind geblieben, aber es gibt eine stärkere Rückbesinnung auf die eigenen Möglichkeiten, auf die eigene Kraft. Damit wächst aber auch die Kritik an der eigenen Bewegungslosigkeit: Zwar wird diese meist auf die anderen verschoben, die sich nicht trauen oder zu bequem und zu selbstzufrieden sind, aber es werden auch selbstkritisch die eigenen nicht genutzten Widerstandspotentiale thematisiert. Und es werden auch erfolgreiche Beispiele sichtbar, in denen die Passivität – die nicht immer Desinteresse oder mangelnder Widerstandsgeist bedeutet – aufgebrochen werden kann. »Wenn der Druck nicht von unten kommt, dann erreicht man nichts.« Statt Protestfantasien wird die Vorstellung einer möglichst breiten Mobilisierungsperspektive, eines eigenen Wegs des organisierten Massenprotests konkretisiert.

¹ Rheingold-Institut, Wahl 2013: Das bedrohte Paradies. 6.9.2013.

² Richard Detje u.a., Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat. Hamburg 2013.

Es gibt aber auch eine andere Strömung in der Wählerschaft: wachsende Ressentiments. In der Studie des Rheingold-Instituts wird ein bedrohlicher Trend identifiziert: In einer Aggressivität, die in den letzten 25 Jahren in Rheingold-Studien noch nicht beobachtet wurde, wird angeprangert, dass »das eigene Geld im Süden versickert«; dass Zuwanderer und soziale Randgruppen »Geld von Vater Staat geschenkt bekommen«. Im Fokus des Hasses sind »Hartzler« und »Sozialschmarotzer«, die »Faulenzer« im Süden, die üblichen Verdächtigen eben. In der Studie heißt es dazu: »Die Angst vor der eigenen Ohnmacht beschwört die Sehnsucht nach eige-

ner Tatkraft und der verlorenen Gewissheit, Herr im eigenen Haus zu sein.«

Es gibt also in diesem Land eine latente Mehrheit, die an der meritokratischen Grundstruktur und der Stärkung sozialer Gerechtigkeit festhält, aber die Wut in sich hineinfriert. Und es gibt eine manifeste Gefahr von Rechts, die sich ermutigt fühlt, je mehr alle anderen das Vertrauen in die Politik verlieren. Zudem ist der Eindruck, dass die Wahl entschieden sei oder irrelevant und bloße Therapie, völlig falsch.

Na denn: Gute Wahl.

VERKEHRsnachrichten

von Heike Sudmann



Gründelallee: Warten auf den schnellen Bus (Foto: C. Hannen)

Nicht nur vor Ort und in den Medien, sondern auch in den Bürgerschaftsdebatten ist das Busbeschleunigungsprogramm ein Aufreger.

Zur Erinnerung: Olaf Scholz und seine SPD verweigern sich beharrlich der Wiedereinführung einer Stadtbahn in Hamburg. Um bei der nächsten Bürgerschaftswahl nicht mit leeren Händen bzw. vollen Bussen und Bahnen da zustehen, hat die Sozialdemokratie das so genannte »Busbeschleunigungsprogramm« erfunden. Das Ziel des Programms wird auf der offiziellen Homepage so beschrieben:

- »Das Bussystem für die Mobilität der Zukunft »fit machen«:
- zuverlässigerer Betrieb und höhere Kapazitäten im Busverkehr

- mehr Komfort und kürzere Reisezeiten für die Kunden
 - Optimierung der Bus-Erschließung einzelner Quartiere.«
- (s. <http://www.via-bus.de/ueberblick/>)

In der ersten Ausbaustufe sollen bis 2016 auf den Metrobus-Linien 2, 3, 5, 6, 7, 20 und 25 sowie auf den Linien 4 und 21 im Bereich des Eidelstedter Platzes entsprechende Maßnahmen realisiert werden.

Ein wesentlicher Punkt ist der SPD und dem Senat bei der Planung abhandeln gekommen: die Beteiligung und Einbeziehung der BürgerInnen. So mussten sich z.B. BewohnerInnen des Gerichtsviertels in Altona verwundert die Augen reiben, als plötzlich ihre Haltestelle verlegt wurde. Die Betroffenen wurden aktiv und wandten sich an die zuständigen Behör-

den und PolitikerInnen. Nachfolgend Zitate aus ihren Schreiben, die deutlich machen, wie Planung an den Menschen vorbei in die Hose geht:

»Bisher befanden sich die Haltestellen, die von vier Linien am Tage, davon drei Metrobuslinien, und einer Nachtlinie angefahren wurden, an der Max-Brauer-Allee direkt vor dem Amtsgericht Hamburg Altona bzw. auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Beide Haltepunkte waren als mittige und einzige Bushaltestelle zwischen der Holstenstraße und dem Bahnhof Altona und auf Grund des dicht besiedelten Gerichtsviertels, der umliegenden Wohnstraßen, dem Gericht und dem Fußballplatz durchgehend stark frequentiert. (...)

Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Gerichtsviertels und der umliegenden Wohnstraßen, die in Richtung Bahnhof Altona müssen oder wollen, lohnt sich nun der Weg zur Bushaltestelle kaum noch, da diese nur noch unweit vom Bahnhof selbst liegt und man gleich die ganze Strecke zu Fuß zum Bahnhof gehen kann. Man könnte nun sagen, Gehen sei gut für die Gesundheit, aber die Max-Brauer-Allee ist eine der abgas-verseuchtesten Straßen Hamburgs. Außerdem ist ein öffentlicher Nahverkehr nicht für das Zu-Fuß-Gehen verantwortlich, sondern muss vielmehr eine Versorgung der Bevölkerung mit einem öffentlichen Nahverkehr bereithalten.«

Böse Zungen behaupten, dass die Verlegung der Haltestelle auch mit dem dort befindlichen Luft-Messcontainer zu tun habe. Durch die Abgase der haltenden und anfahrenen Busse seien die Werte zu sehr ins Negative gestiegen.

Die innerhalb kürzester Zeit gesammelten knapp 800 Unterschriften aus dem Viertel, die Medienberichterstattung und auch die Debatten in der Bürgerschaft machen der Verkehrsbehörde ordentlich Druck. Hätten die PlanerInnen mit den Menschen vor Ort gesprochen und deren Fachverstand einbezogen, wäre so eine Idee nie entstanden. Ich hoffe sehr, dass dieser Planungsfehler schnellsten wieder behoben wird.

Wer so vehement wie die SPD die Stadtbahn ablehnt, muss sich anstrengen, um den Bus- und Bahnverkehr auszubauen. So wie die Busbeschleunigung derzeit umgesetzt wird, fährt sie eher gegen die Wand. Sie wird auch nicht besser, wenn der Senat statt von Busbeschleunigung jetzt von einem Busoptimierungsprogramm spricht. Denn »Nomen est omen« – der Name wird zum Programm: Busoptimierungsprogramm lässt sich schön mit »BOP« abkürzen und reimt sich dann wunderbar auf Flop.

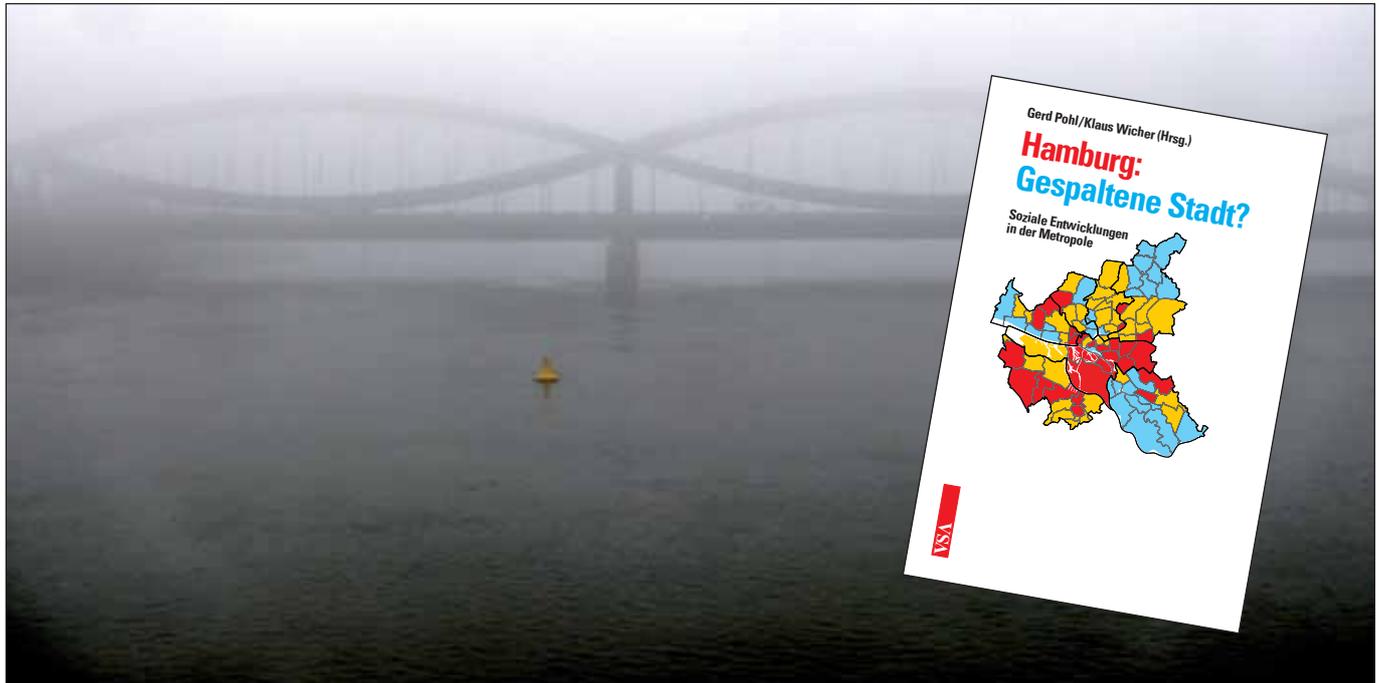
Zum **Radverkehr** und dessen immer noch stiefväterliche Behandlung in Hamburg lässt sich viel schreiben. Doch an dieser Stelle möchte ich einen kleinen Hoffnungsschimmer erwähnen: Mehrere Bezirksamtsleiter haben die **Radfahrstadt Kopenhagen** besucht und wollen nun gemeinsam mit Bürgermeister Scholz überlegen, was sie daraus lernen können. Dummerweise sind sie in Kopenhagen nicht selbst Rad gefahren, sonst hätten sie merken können, wie sich eine gezielte Förderung des Radverkehrs auf die Verkehrssituation und das Verkehrsverhalten auswirkt.

Ich war im Sommer für zwei Tage in Kopenhagen und habe die dortigen Radwege ausprobiert. Radfahrstreifen, die baulich vom Bürgersteig und von der Straße abgesetzt sind und genug Platz für langsam fahrende (so wie wir mit unserem Gepäck und dem TouristInnenblick) und schnell fahrende RadlerInnen bieten, sind ein anderer Schnack als die holprigen Radwege in Hamburg. Eine »Radautobahn«, die möglichst kreuzungsfrei einen rund 17 Kilometer entfernten Vorort mit der Innenstadt verbindet, ist beeindruckend. Aber noch eindrücklicher war für mich das Verkehrsklima. Es fährt sich dort viel entspannter als in Hamburg. RadfahrerInnen werden in Kopenhagen wesentlich stärker wahrgenommen und beachtet. Beim Rechtsabbiegen z.B. haben AutofahrerInnen die RadfahrerInnen nicht nur im Blick, sondern sie warten sogar, bis die Zweiräder an ihnen vorbeigefahren sind.



Kopenhagen. Teilstück der »Fahrradautobahn« im Stadtteil Noerrebro (dpa)

Kultur Tipp: Lektüre im kalten Hamburg



Die Tage werden wieder kürzer, draußen fallen die Temperaturen, Zeit also, sich wieder ein bisschen mehr auf die Innenräume und eben das Lesen von Büchern – auch Sachbüchern – einzulassen. Unser Kultur Tipp – eine Lektüreempfehlung – kommt also gerade richtig, nicht zuletzt zu den wahlpolitischen Auseinandersetzungen. Es geht um das soeben im VSA: Verlag erschienene Buch »Hamburg: Gespaltene Stadt? Soziale Entwicklungen in der Metropole«.

Der Verlag setzt damit seinen über Jahrzehnte verfolgten Schwerpunkt fort, die soziale Wirklichkeit in Hamburg zu beleuchten. 1988 war z.B. der Band »Armut in Hamburg« von Wolfgang Schütte und Waldemar Süß publiziert worden, vor zwei Jahren kam der Band »Armes Reiches Hamburg« auf den Markt, herausgegeben von Gerd Pohl und Klaus Wicher. Diese beiden – der erstere war als Sozialwissenschaftler lange bei der Gewerkschaft NGG tätig, der andere ist Vorsitzender des Hamburger Landesverbandes des Sozialverbandes Deutschlands (SoVD) – haben auch jetzt wieder eine Reihe von AutorInnen hinter sich vereinigen können, um die »gespaltene Stadt« aus verschiedenen Perspektiven aufs Korn zu nehmen.

Matthias Woisin setzt sich z.B. mit der »Schuldenbremse« auseinander, die für den Spar- und Streichungswahn auf allen Ebenen der Stadt herhalten muss. Der HAW-Professor Si-

mon Güntner analysiert die voranschreitende sozialräumliche Polarisierung in Hamburg. Katharina Fegebank setzt sich mit der »Mittelschicht in Abstiegsangst« auseinander. In weiteren Texten geht es um Erwerbsarmut, Ernährungsarmut, Bildungsungleichheit und die Probleme von SeniorInnen in der reichen Stadt. Heike Sudmann arbeitet sich an städtischen »Leitbildern« ab (»Die Reichen drinnen, die Armen draußen?«), HCU-Professorin Ingrid Breckner beleuchtet die HafenCity »im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen«, Michael Joho sieht in »seinem« Viertel St. Georg die »soziale Verdrängung als Leitmotiv« und Marion Fisch geht auf die wenig im öffentlichen Fokus stehenden Stadtteile Hamm und Horn ein und wirft die – mehr rhetorische – Frage auf: »Im Osten nichts Neues?«

Das Buch hat 208 Seiten, ist mit einigen Tabellen und Literaturverweisen angereichert und kostet im Buchladen 16,80 Euro. Zum Preis von 14,80 Euro zu beziehen ist auch noch der o.a. Band »Armes Reiches Hamburg«. Wer es bis zum Buchladen nicht schafft, was bedauerlich wäre (die UnterstützerInnen der St. Georger Buchhandlung Dr. Wohlers lassen grüßen), kann sich die Bücher auch vom VSA: Verlag (St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de) schicken lassen, bei über 25 Euro Bestellwert sogar portofrei. Getreu dem Motto: Amazon kann uns gestohlen bleiben!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.